

Hauptversammlung Verband bernischer Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen VBBG 9. Mai 2015 im Kultur Casino Bern

Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen unseres Landes

Referat von Ständerat Werner Luginbühl

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich heute an ihrer HV das Wort an sie richten zu können und danke Ihnen für die Einladung.

Es ist im Übrigen nicht das erste Mal. Schon einmal durfte ich an der GV des VBBGs sprechen. Ich dachte dies sei 8, 9 Jahre her. Ihre Präsidentin hat mich belehrt, dass es am 9. Juni 1999 gewesen sei, also vor ziemlich genau 16 Jahren. So vergeht die Zeit...!

Ich bin Burger in Krattigen am Thunersee. Mein Bruder ist Burgerpräsident. Vor ihm war dies auch schon mein Vater. Dadurch liegen die Burgergemeinden etwas in unserer Familie. Auch als Gemeindedirektor in den Jahren 1998 bis 2008 hatte ich immer wieder mit den Burgergemeinden zu tun. Ich weiss also, was sie leisten.

Sie, meine Damen und Herren, setzen sich als Repräsentanten der Burgergemeinden für das Wohl der Allgemeinheit ein. Das haben die Burgergemeinden immer schon getan, auch als dieser Auftrag noch nicht in der bernischen Verfassung stand.

Trotz diesem altruistischen Engagement, gab es in der Geschichte der Burgergemeinden immer auch wieder Bestrebungen, diese abzuschaffen. Glücklicherweise waren die Mehrheiten immer klug genug, dies nicht zu tun. Sie engagieren sich für das Gemeinwesen und erfüllen wichtige Aufgaben im gesellschaftlichen und sozialen Bereich. Das ist gerade in unserer Zeit keine Selbstverständlichkeit.

Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich für die öffentliche Sache zu engagieren nimmt ab. Sie beweisen durch Ihr Engagement in der Burgergemeinde das Gegenteil. Sie engagieren sich – meist unentgeltlich – im Hintergrund, ohne den Applaus der Öffentlichkeit zu suchen. Diese Arbeit kann nicht hoch genug geschätzt werden und ich möchte Ihnen dafür herzlich danken.

Je salue tout particulièrement les représentantes et les représentants des communes et des corporations bourgeoises du Jura bernois. Le canton de Berne fait le lien entre la Suisse romande et la Suisse alémanique. Il joue, à ce titre, un rôle importante. Je

le constate régulièrement dans mon travail au niveau fédéral. Souvent, j'ai l'impression que les communes bourgeoises jouent un rôle comparable entre l'Etat et la population.

Meine Damen und Herren

In der Regel spricht an Ihren Hauptversammlungen ein Regierungsrat. In den vergangenen Jahren waren häufig die Strukturen und die Organisation des Kantons ein Thema. So auch in meinem Referat im Jahre 1999.

Heute steht für einmal ein Ständesvertreter vor Ihnen. Da ich mich an den Grundsatz zu halten versuche, den Nachfolgern nicht drein zu reden (was mir zugegebenermassen nicht immer leicht fällt), spreche ich nicht zu einem kantonalen Thema.

Ich spreche auch nicht über die Energiestrategie 2050 oder die Altersvorsorge 2020. Ich äussere ein paar persönliche Gedanken über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen unseres Landes.

Die direkte Demokratie, meine Damen und Herren, hat der Schweiz über Jahrzehnte hinweg Stabilität, Verlässlichkeit, einen vernünftigen Umgang mit den Finanzen und eine vergleichsweise hohe Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den Institutionen gesichert.

Diese Faktoren waren massgeblich mit dafür verantwortlich, dass die Schweiz vom Armenhaus zu einem der reichsten Länder der Welt wurde und heute in fast allen Ranglisten im Ländervergleich im Spitzenfeld liegt.

Allerdings: auch die Firma Kodak war über 100 Jahre ein Erfolgsmodell mit zeitweise über 60'000 Mitarbeitenden. Weil man Entwicklungen verpasst hat, sind es heute noch etwas 10 % davon.

Was will ich damit sagen? Eine Binsenwahrheit. Erfolg in der Vergangenheit garantiert noch keinen Erfolg in der Zukunft. Jedes Modell – auch Erfolgsmodelle – müssen an die aktuellen und künftigen Herausforderungen angepasst werden, wenn sie auch in Zukunft erfolgreich sein sollen.

1. Vom Nachwächter zum allumfassenden Dienstleister

Für unsere Grosseltern und zum Teil auch noch für unsere Eltern, wäre es unvorstellbar gewesen, zum Staat zu rennen, wenn man sich selber nicht mehr irgendwie helfen konnte. Für die modernen Bürgerinnen und Bürger ist dies eine Selbstverständlichkeit.

Die Forderungen und Erwartungen an und in den Staat sind in den letzten Jahren ins Unermessliche gewachsen.

2. Von der Leistungs- zur Konsumgesellschaft

Unsere Vorfahren haben die Schweiz, die im vorletzten Jahrhundert noch maus-arm war, zu einem der reichsten Länder „gekrampt“.

Dank Glück und Geschick wurden wir von ökonomischen und militärischen Katastrophen verschont. Die, die den Wohlstand erarbeitet haben, sind sich sehr wohl bewusst, woher er kommt. Die, die in den Wohlstand hinein geboren werden weniger.

Wir haben uns an diesen Wohlstand gewöhnt und gestalten unser Leben nach unseren individuellen Bedürfnissen. Die Lust an Experimenten und Wagnissen nimmt ab, die Angst etwas zu verlieren zu.

In diesem Zusammenhang ist auch interessant zu sehen, wie die jüngere Generation denkt. Gestützt auf Befragungen, gibt die CS jährlich ein **Jugendbarometer** heraus und vergleicht diesen mit Erhebungen in anderen Ländern. Zwei, drei Ergebnisse aus der Erhebung 2014:

- Erstmals ist nur noch eine Minderheit der Befragten der Meinung, dass man froh sein müsse, eine Stelle zu haben.
- Im Beruf suchen die jungen Leute Selbstverwirklichung. Work-Life-Balance ist wichtiger als Karriere machen.
- Mit geschenkten CHF 10'000 Franken, würde eine deutliche Mehrheit der Jugendlichen Ferien machen (Jugendliche anderer Länder haben etwas existenziellere Bedürfnisse).

Fazit der Befragung: die Schweizer Jugend heute hat eine schwache wirtschaftliche Orientierung / der Wohlstand ist so selbstverständlich, dass er gar nicht mehr erstrebenswert ist / die Jugend ist privilegiert, um nicht zu sagen verwöhnt.

Man könnte jetzt mit dem Finger auf die Jugendlichen zeigen. Dabei würde man allerdings ausblenden, dass diese jungen Leute unter der Obhut unserer Generation aufgewachsen sind.

Ob aber diese Einstellungen in einem internationalen Wettbewerb der härter wird, für die Zukunft erfolgsversprechend sind, überlasse ich Ihrem Urteil.

3. Der Föderalismus wird ausgehöhlt

Das Subsidiaritätsprinzip im Föderalismus sorgt dafür, dass staatliches Handeln auf die tiefst mögliche Ebene runter delegiert wird. Die Entscheide sollen so nahe wie möglich am Bürger gefällt werden. Das hat lange wunderbar funktioniert. Der Föderalismus à la Suisse, darf als Erfolgsmodell bezeichnet werden.

Heute wird immer mehr auf Bundesebene geregelt und zentralisiert. Der Föderalismus wird damit ausgehöhlt.

Mit ein Grund: während auf Gemeindeebene Reformen und Fusionen in Gang gekommen sind, ist die Chance zu Reformen auf Kantonsebene nahezu Null. Warum? Weil die klare Mehrzahl der Kantone vom Status Quo profitiert.

4. Ungebremste Regulierungswut

Wir leben in einer Zeit der ungebremsten Regulierungswut.

In den Anfängen unseres Staatswesens ging es darum, die Sicherheit des Einzelnen und das Eigentum zu gewährleisten. Heute werden die Bürger zunehmend auch vor der eigenen Unvernunft bewahrt.

Ungebremste Regulierungswut



Ungebremste Regulierungswut



Jede Woche werden neue Forderungen aufgestellt, wo der Staat auch noch aktiv werden sollte. Fussgänger sollen Leuchtwesten tragen. Wer auf dem Fussgängerstreifen am Handy fummelt, soll bestraft werden.

Es gibt – und das ist kein Witz – eine Initiative, die Regeln zum **Sexualkundeunterricht** in der Bundesverfassung verankern will. 76 % der Schweizerinnen und Schweizer wünschen scheinbar ein Verbot ungesunder Lebensmittel, wenn man einer Umfrage glauben darf. Dies nur einige Beispiele.

Woran liegt das?

Wir haben in unserer Vollkasko-Mentalität das Bedürfnis, die Sicherheit ständig zu verbessern. Immer wenn irgendwo etwas schief läuft, wird nach einem neuen Gesetz gerufen, damit das nicht mehr passieren kann.

Wohin führt das?

Zu immer mehr Einschränkungen. Zu immer mehr Delegation von Verantwortung an den Staat und damit zu Verlust von Eigenverantwortung.

Wer ist schuld daran?

Alle ein bisschen. Zwar wird in Wahlkämpfen häufig nach dem Abbau von Vorschriften gerufen. Aber selbst bürgerliche Politiker schaffen es kaum, dies auch in die Tat umzusetzen. Wer das Wort ‚liberal‘ zumindest noch buchstabieren kann, ist in einen ständigen Abwehrkampf verwickelt (jede Session lehnen wir 30 bis 40 entsprechende Vorstösse ab).

Aber auch die Medien spielen eine wichtige Rolle. Sehr schnell wird skandalisiert und wo etwas Skandalöses passiert, hat der Staat gefälligst einzuschreiten.

Aber auch viele Bürgerinnen und Bürger neigen dazu, in die Hysterie einzustimmen. Damit arbeiten jene, die sich über Bevormundung beklagen, mit daran, dass sie stärker bevormundet werden.

Der Philosoph, Dr. Ludwig Hasler, hat es in seinem Referat im August im Casino so gesagt: *Alles wird idiotensicher gemacht und nachher wundern wir uns darüber, dass es so viele Idioten hat.*

Es geht häufig vergessen, dass sich gewisse Dinge nicht regeln lassen, dass gewisse Risiken nicht ausgeschlossen werden können.

Unser Problem, meine Damen und Herren, ist, dass wir häufig auch etwas Angst vor der Freiheit haben. Nicht vor der eigenen, aber vor jener der anderen. Das eingängigste Beispiel dafür ist der Hausbau. Wenn ich selber baue, sollte es möglichst keine Vorschriften geben. Wenn der Nachbar hingegen baut, können sie nicht streng genug sein. Und auch hier gilt: man kann das Eine haben oder das Andere – aber nicht beides.

Es braucht in Politik und Gesellschaft eine viel kritischere Auseinandersetzung mit der Frage, ob es eine neue Vorschrift, die auf den ersten Blick gut aussieht, wirklich braucht oder, ob das Problem nicht vielleicht über die Eigenverantwortung gelöst werden könnte.

Gesellschaftliche Entwicklungen lassen sich nicht aufhalten. Wenn wir aber gestützt auf bewährte Schweizer Tugenden wie **Vernunft** und **Augenmass** zurückhaltend regulieren, schaffen wir uns im internationalen Wettbewerb einen grossen Vorteil. Bei den Regulierungen muss es unser Ziel sein, nicht Vorreiter, sondern **Nachzügler** zu werden.

5. Skandalisierung / Empörungsbewirtschaftung / Boulevardisierung

Befeuert wird die Regulierungswut durch die Informationsflut, durch Skandalisierung, Empörungsbewirtschaftung und Angstmacherei.

Die Medien kämpfen um unsere Aufmerksamkeit und berichten täglich über Aussergewöhnliches und Bedrohliches. Wir werden heute überschwemmt mit (meist) schlechten Neuigkeiten aus der ganzen Welt.

Dadurch entsteht bei vielen der Eindruck die Welt sei völlig aus den Fugen geraten. Katastrophen, Kriege und Verbrechen nähmen weltweit zu, wir stünden kurz vor dem Kollaps. Ein Blick auf die Geschichte der Menschheit, würde das Gegenteil beweisen. Es gibt nicht 100-mal mehr Probleme als früher. Wir haben 100-mal mehr Informationen darüber.

6. Globalisierung / Internationalisierung

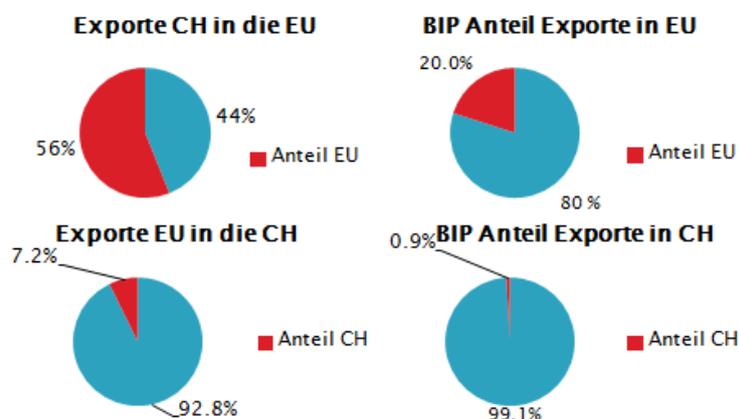
Die Globalisierung ist eine Realität. Die internationale Verflechtung nimmt zu. Dies führt zu einer Einschränkung unserer politischen Handlungsfreiheit. Gerade uns Schweizern fällt es nicht leicht, dies zu akzeptieren.

Die Zunahme an Komplexität und an Unübersichtlichkeit führt bei Vielen zu einem Rückzug auf sich selbst, auf das Überblickbare.

Die Schweiz zählt heute zu den wettbewerbsfähigsten Nationen der Welt. Unsere Hochschulen zählen weltweit zu den Besten. Dies ist vor allem auch darauf zurückzuführen, dass wir immer auf eine offene Gesellschaft und Wirtschaft gesetzt haben.

Vor der Abstimmung vom Februar 2014 behaupteten die Initianten, die Bilateralen könnten auch bei einer Annahme der Initiative problemlos weitergeführt werden. Heute wird immer klarer, dass dies nicht der Fall ist. Nun wird die Bedeutung der Bilateralen kleingeredet.

Exporte Schweiz – EU / EU – Schweiz



Das erachte ich als falsch. Die Bilateralen sind in den letzten Jahren für die Schweiz ein ganz wesentlicher Garant für Wachstum und Wohlstand gewesen, und es ist fahrlässig, dieses wichtige Vertragswerk mit unserem, mit Abstand wichtigsten, Handelspartner leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Die Behauptung, die EU sei stärker auf die Bilateralen angewiesen, als wir, ist angesichts der effektiven Zahlen schlicht lächerlich.

Viele glauben, Wohlstand und Privilegien lassen sich durch Abschottung bewahren. Das Gegenteil ist der Fall: Abschottung würde uns ärmer machen. Ich hoffe nur, dass die Mehrheit der Schweizer das glaubt, bevor wir es am eigenen Leib erfahren.

Ganz generell wäre eine etwas unaufgeregtere, sachlichere Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Europa‘ dienlich. Letztendlich muss es uns ja gelingen, die Bilateralen zu retten **und** die Zuwanderung zu drosseln.

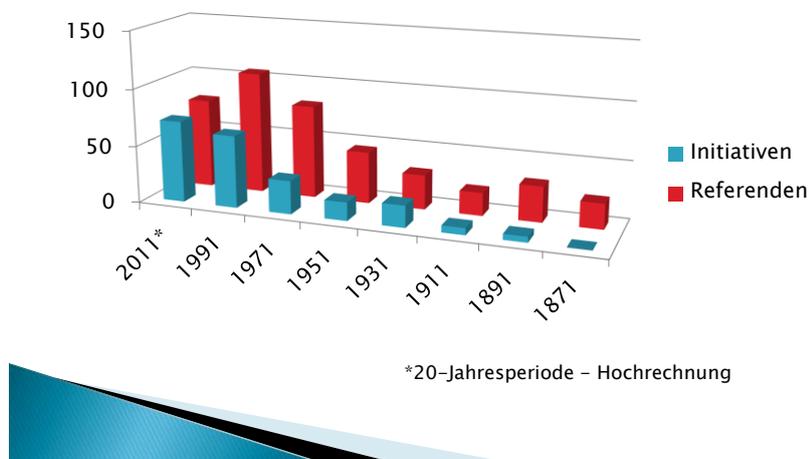
Im Zusammenhang mit der MEI, haben viele Leute auch eine gewisse Wachstumsmüdigkeit zum Ausdruck gebracht.

Und da bin ich skeptisch. Es gibt sicher Leute, die bereit sind, konkrete Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Bei vielen anderen verspüre ich zwar Wachstumsmüdigkeit, aber nicht die geringste Bereitschaft, auch die Folgen eines Null-Wachstums oder gar eines Schrumpfens – nämlich weniger Lohn und letztendlich weniger Wohlstand – zu akzeptieren.

Die NZZ nennt das „den wohlstandssatten, reformmüden und konservativen Zeitgeist“. Wir sollten uns schon bewusst sein, wie gut es uns geht und wie rasch sich dies auch wieder ändern kann.

7. Volksrechte werden ausgehöhlt

Initiativen und Referenden



Die Volksrechte – vor allem das Initiativrecht – werden heute bis aufs Äusserste ausgereizt. Die Zahl der Initiativen steigt massiv. Das treibt unser System an Grenzen und führt bei vielen Stimmberechtigten zu Überdruß.

Gefährdet wird dadurch auch unsere Stabilität, einer der wichtigsten Qualitäten unseres Landes in der Vergangenheit. In diesem Bereich sind gewisse Korrekturen notwendig, davon bin ich überzeugt, auch wenn es ein Riesengeschrei geben wird.

8. Das Vertrauen in die Wirtschaft hat gelitten

Soll die direkte Demokratie funktionieren, braucht es eine Art ausgewogenen Dreiklang zwischen Volk, Wirtschaft und Politik.

Die Bevölkerung muss den Eindruck haben, dass sie von einer florierenden Wirtschaft auch profitiert und dass die Politik das Gemeinwohl im Visier hat. Die Wirtschaft muss sehen, dass die Politik für vernünftige Rahmenbedingungen sorgt. Dieser Dreiklang, dieses Vertrauen war in den letzten Jahren gestört.

Ausgelöst wurde diese Störung, durch die Finanzkrise 2008 und die Lohnexzesse einiger Weniger.

Ein vernünftiges Zusammenwirken Wirtschaft – Politik, eine emotionale und lokale Verankerung der Wirtschaft, ist nirgends so notwendig wie in der direkten Demokratie. In der direkten Demokratie werden an die Wirtschaftsführer höhere Ansprüche gestellt, was ihre Vorbildfunktion und ihr ethisch und moralisches Handeln betrifft, als in andern Systemen.

Warum das? Auch in andern Ländern stören sich Bürgerinnen und Bürger auch an überhiesenen Löhnen. Es bleibt ihnen aber nichts anderes übrig, als die Faust im Sack zu machen. Bei uns ist das anders. In unserem System kann das Volk auf politischem Weg auch direkt in die Wirtschaft hineinsteuern (s. Abzocker-Initiative).

Im Interesse aller muss es gelingen, den Dreiklang Wirtschaft – Gesellschaft – Politik wieder ins Lot zu bringen. Dazu braucht es u.a. ein stärkeres Engagement von Wirtschaftsführern in Gesellschaft und Politik.

9. Auch die Politik muss in den Vertrauensaufbau investieren

Aber auch Politikerinnen und Politiker müssen sich bewusst sein, dass was Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit betrifft in der direkten Demokratie höhere Anforderungen auch für sie gelten. Auch da besteht einiges an Handlungsbedarf!

10. Letztendlich sind auch die Bürgerinnen und Bürger in der Pflicht

Die direkte Demokratie stellt höhere Anforderungen – auch an Sie. Dazu gehört, dass man seine Mitverantwortung wahrnimmt und ein Minimum an Zeit in die Ausübung der politischen Rechte investiert.

11. Fazit

Meine Damen und Herren, die Schweiz steht nach wie vor gut da. Es geht uns besser als allen Generationen zuvor. Es gibt nur zwei, drei Länder auf der Welt, in denen es den Menschen im Schnitt ebenso gut geht wie in der Schweiz.

Wohlstandssattheit, Verlust von Eigenverantwortung, sinkende Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement, fehlende Bereitschaft zu politischen Reformen sowie Abschottungstendenzen sind für mich aber Warnsignale, die ernst genommen werden sollten.

Denn eines ist klar: Um an die Spitze zu kommen, muss man besser sein, als die Konkurrenz. Man muss aber auch besser sein, als die Andern, um an der Spitze zu bleiben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!